

**Vorlage - 0279/2009**

Betreff:	Ausgleichszahlungen im Naturschutz			Anlagen:
Status:	öffentlich	Vorlage- Art:	Kleine Anfrage der FDP- Ratsfraktion	
Federführend:	FDP-Ratsfraktion			
Beratungsfolge:	Ratsversammlung			
	14.05.2009	Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung der Ratsversammlung	zur Kenntnis genommen	

Vorbemerkung:

Nach den Bestimmungen des Landesnaturschutzgesetzes sind bei unvermeidbaren Eingriffen in die Natur Ausgleichszahlungen an die untere Naturschutzbehörde zu leisten, sofern diese Eingriffe nicht ausgeglichen oder in anderer Weise kompensiert werden können. Diese Ausgleichszahlungen sind für Maßnahmen der Landschaftspflege und des Naturschutzes zweckgebunden zu verwenden. Dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, welches die Fachaufsicht innehat, ist über die Verwendung der Ausgleichszahlungen regelmäßig zu berichten.

Vor diesem Hintergrund stelle ich folgende

Kleine Anfrage

1. Wer entscheidet über die Verwendung der Ausgleichsmittel und nach welchen Kriterien wird über deren Verwendung entschieden?
2. Wie wird sichergestellt, dass die Ausgleichsmittel so eingesetzt werden, dass sie den jeweils größten ökologischen Nutzen entfalten?
3. Wie hat sich das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume in den vergangenen fünf Jahren zu den jeweiligen Berichten der Stadt über die Verwendung der jeweils angefallenen Ausgleichsmittel geäußert?

gez. Wolf-Dietmar Brandtner
stv. Fraktionsvorsitzender
Der Bürgermeister Kiel,
Dezernent für Stadtentwicklung und Umwelt

f. d. R. Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer

Antwort auf die Kleine Anfrage**Drucksache 0279/2009****Ausgleichszahlungen im Naturschutz**

des Rats Herrn Wolf-Dietmar Brandtner (FDP-Ratsfraktion) vom 24.03.2009 zur Ratsversammlung am 14.05.2009

Die zur Sitzung der Ratsversammlung am 14.05.2009 gestellte Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Vorbemerkung Nach den Bestimmungen des Landesnaturschutzgesetzes sind bei unvermeidbaren Eingriffen in die Natur Ausgleichszahlungen an die untere Naturschutzbehörde zu leisten, sofern diese Eingriffe nicht ausgeglichen oder in anderer Weise kompensiert werden können. Diese Ausgleichszahlungen sind für Maßnahmen der Landschaftspflege und des Naturschutzes zweckgebunden zu verwenden. Dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, welches die Fachaufsicht inne hat, ist über die Verwendung der Ausgleichszahlungen regelmäßig zu berichten.

Ich frage die Oberbürgermeisterin:

Frage 1: 1. Wer entscheidet über die Verwendung der Ausgleichsmittel und nach welchen Kriterien wird über die Verwendung entschieden?

Antwort: Die Entscheidung liegt in der Verantwortung der für die Genehmigung des Eingriffs zuständigen Behörde, d.h. in der Regel der unteren Naturschutzbehörde der Landeshauptstadt Kiel.

Die Mittel werden unter Berücksichtigung der bestehenden Aussagen im Landschaftsplan bzw. im Freiräumlichen Leitbild Kiel in den Biotopverbundachsen und hier den Schwerpunkträumen des Naturschutzes zur Umsetzung konkreter Maßnahmen, wie z.B. der Vornahme von Wiedervernässungen bzw. Entrohrungen oder auch der Anlage von Kleingewässern oder Knicks sowie des in diesem Zusammenhang notwendigen Grunderwerbs, verwandt.

Darüber hinaus wird angestrebt, soweit dies aus fachlicher Sicht vertretbar ist, auch in den Stadtteilen, in denen es zu Eingriffen gekommen ist, aufwertende Maßnahmen umzusetzen, wie z.B. Kleingewässerranlagen, Baumpflanzungen oder auch die Entsiegelung von Schulhöfen

Frage 2: 2. Wie wird sichergestellt, dass die Ausgleichsmittel so eingesetzt werden, dass sie den jeweils größten ökologischen Nutzen entfalten?

Antwort: Dies ist durch die Fachkompetenz der unteren Naturschutzbehörde gewährleistet, die sich, wie der Antwort zu 1. entnommen werden kann, beim Einsatz der Ausgleichsmittel sowohl an den Vorgaben des Landesnaturschutzgesetzes als auch der Beschlusslage der städtischen Selbstverwaltungsgremien zum Landschaftsplan und dem Freiräumlichen Leitbild Kiel orientiert.

Frage 3: 3. Wie hat sich das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume in den vergangenen fünf Jahren zu den jeweiligen Berichten der Stadt über die Verwendung der jeweils angefallenen Ausgleichsmittel geäußert?

Antwort: Vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume gab es seit Einführung der Nachweispflicht zur Finanzierung von Naturschutzmaßnahmen aus Ausgleichsmitteln keinerlei Beanstandungen zur Verwendung der Ausgleichsmittel und zu den vorgelegten Berichten der unteren Naturschutzbehörde der Landeshauptstadt Kiel.

Peter Todeskino
Bürgermeister

Online-Version dieser Seite: <http://10.1.4.22/allrisnetai/vo020.asp?VOLFDNR=11463>